



erscheint seit 1983
Sozialistische Linkspartei / SLP
Kommunistische Fraktion des CP/WK
Koblenzstraße 14/11; A-1070 Wien
Tel. 01 524 63 10 Fax 01 524 63 11
ap @ gmx.at

Vertrauen Sie Viktor Klima?

Viktor Klima, der Mann, der Budget und Staatsfinanzen saniert, der Mann, der Haider stoppen wird, der ArbeiterInnenfreund, der hemdsärmelige Managertyp. Viktor Klima, die neue Superwaffe der SPÖ, der in nur fünf Jahren vom unbekanntenen Neuen zum Bundeskanzler wurde. Viktor Klima, der neue Wunderwuzzi der österreichischen Politik?

von Sonja Grusch,
SOV-Ortsgruppe Wien Nord

Klima erhält reichlich Vorschubflo-
beeren: zum Beispiel von der Kron-
zeitung. Diese nimmt ihn gegen
die „linksintellektuelle Schickleria“
in Schutz. Aber was ist neu an dieser
Regierung und an diesem Bundes-
kanzler? Die neue Regierungsmann-
schaft - der Rücktritt Scholtens und
die Abberufung Einems als Innenmi-
nister - ist ein Zugeständnis an ÖVP
und FPÖ. Ansonsten ist Klima der
„Erfinder“ und Vollstrecker des
Sparpakets. Kann sein „hemdsärme-
liges Schulterklöpfen“
über die Politik der SPÖ
hinwegtäuschen, über
den Sozialabbau, die
rassistischen Ausländer-
Innenengesetze und die
Privatisierungspolitik?

Die neue Regierung

Klimas Team verheißt
nichts Gutes. Der neue
Innenminister Schlögl
wurde bekannt durch
seine Politik gegen die
Beamten (und zwar
nicht gegen jene mit den
fetten Bezügen). Mit
ihm wird wohl Jörg Hai-
der wieder über seinen
„Mann in der Regierung“
Namensgeber Viktor Adler:
(Haider über Ex-Innen-
minister Löschnak) verfügen
und wieder vollends jene kühle Techno-
kratie in das Innenressort einziehen,
die schon sein Amtsvorgänger
Löschnak einführt. Als wärend
Hinweis für Betroffene darf jeden-
falls jenes amtsführende Ge-
spräch zwischen Schlögl und
Löschnak gelten, über das „Profil“



berichtete.
Hannelore Hostasch, die neue So-
zialministerin, hat nicht nur keinen
Widerstand gegen die Belastungspa-
kete der Regierung geleistet, sondern
diese sogar im ÖGB-Vorstand noch
als sozial ausgewogen verteidigt. Ihr
Nachfolger als Präsident der Arbei-
terkammer, Herbert Tumpel, hat bei
einer Reihe von BetriebsrätInnen ei-
nen schlechten Ruf. So stimmte er
z.B. im Aufsichtsrat der ÖMV mit
den Kapitalvertretern gegen die Be-
legschaftsvertreter.
Der neue Staatssekretär für Beam-
ten und Finanzen kommt ebenso
wie Klima aus der
ÖMV. In ihre dortige
gemeinsame
Ära fällt massiver
Stellenabbau. Alle-
in zwischen
1992 und '95 wurde
rund ein Viertel
der Belegschaft
abgebaut.
Caspar Einems
Verbleib in der
Regierung, ist ein
Versuch, die Stim-
men einer Schicht
potentieller Grün-
wählerInnen zu
halten. Daß er ins
Verkehrsministerium
abgeschoben
wurde, ist ein Zu-
geständnis an FPÖ
und Kronen Zeitung. Krone-Chef
Dichand hat laut „Profil“ gemeint,
nichts gegen Einem zu haben, solan-
ge er nicht Innenminister ist.
Die neue Frauenministerin Barbara
Prammer gilt zwar als Wunschkandi-
datin von Johanna Dohnal, für die
SPÖ-Führung aber dürfte dieses Mi-
nisterium sowieso zum Alibi ver-

kommen, sieht man sich die Politik
der letzten Jahre an, die vor allem zu
Lasten von Frauen ausfiel. Die neue
Regierungsmannschaft der SPÖ ist
nichts qualitativ Neues, keine Über-
raschung, sondern nur die konse-
quente Fortsetzung der SPÖ-Politik.

Klima gegen Haider?

Die größte mit Klima verbundene
Lüge ist, er könne Haider stoppen.
Klima sei „volksnäher“, „hemdsär-
meliger“ und könne „besser mit Ar-
beiternInnen“ als sein Vorgänger
Vranitzky, heißt es. Deshalb wäre er
der Richtige, um als neuer Arbei-
terInnenführer aufzutreten und die ver-
lorenen Stimmen zurückzuholen. Ei-
ne Hoffnung, die an der Realität vor-
bei geht. Haider gewinnt nicht des-
halb die Stimmen von immer mehr
ArbeiterInnen, weil er so ein toller
Populist ist, sondern weil er der Wut
und Enttäuschung der ArbeiterInnen
über die Politik der SPÖ ein Ventil
öffnet. Und wenn ein Bürgermeister
Häupl, der den Wechsel zu Klima
begrüßt, meint: „Den Armen kostet
das Sparpaket gar nichts, mir aber
viel“, dann zeigt das einmal mehr,
wie weit sich die SPÖ-Führung von
ihrer (ehemaligen) Basis entfernt
hat. Solange sich an dieser Politik -
nimmt den Armen, gebt den Reichen
und nichts ändert, wird der Sozialab-
bauer Klima vom ArbeiterInnen-
feind Haider keine Stimmen zurück-
gewinnen. Und da die SPÖ-Führung
das auch weiß, kommt Klima, der
den „Ausgrenzungskurs“ gegen Hai-
der aufweicht, gerade recht. Auch
wenn es offiziell einen Beschluß des
Partei Vorstandes gibt, sich auch in
Zukunft scharf von Haider abzugren-
zen, sieht die Praxis schon längst an-
ders aus. Auf Länderebene ist eine

Zusammenar-
beit mit der FPÖ
Alltäglichkeit
und aus der SPÖ
mehrten sich die
Stimmen, die
sich gegen die
„Ausgrenzung“
(die es in Wirk-
lichkeit nie ge-
geben hat) rich-
ten. Häupl hat in
einem Spiege-
lnterview be-
reits „punktuelle
Abstimmungs-
gemeinsamkei-
ten“ (meint er
damit wohl Zu-
sammenarbeit?)
mit der FPÖ an-
gekündigt.
Nachdem die
SPÖ in der Ver-
...oder doch ihm?



benachteiligen würden. Klima hat
vielleicht für seinen neuen „Du-
“Freund Schlüssel auch in dieser Frage
ein offenes Ohr.
Gutes ist wohl von der neuen Re-
gierung und Klima nicht zu erwar-
ten. Der rechte Kurs der SPÖ wird
sich fortsetzen, ebenso wie der Mit-
glieder- und WählerInnenchwund.
Die SPÖ-Führung kann und will die
Interessen der ArbeitnehmerInnen,
der Jugendlichen und der sozial
Schwachen nicht mehr vertreten. Ei-
ne traurige Tatsache, die die Bildung
einer neuen Vertretung, einer neuen,
sozialistischen ArbeiterInnenpartei
notwendig macht.

Sozialabbauer Klima

Daß er vor harten Einschnitten ins
Sozialsystem nicht zurückschreckt,
hat Klima bereits als Finanzminister
bewiesen, als er Kürzungen bei Fra-
uen, Arbeitslosen, Jugendlichen und
sozial Schwachen festlegte. Und ei-
nes ist sicher: die neue Regierung
wird diesen Kurs fortsetzen. Auch
wenn der Finanzminister Klima im-
mer wieder versprochen hat, daß es
keine weiteren Sparpakete geben
wird, ist doch klar, daß der Sozialab-
bauer, wenn auch unter anderem Na-
men, weitergeführt wird. Geplant ist
u.a. bereits eine Steuerreform - viel-
leicht nach deutschem Vorbild (siehe
Seite 7)? Die ÖVP wünscht sich Ver-
änderungen bei der Familienbesteue-
rung, die vor allem Frauen und Fa-
milien mit niedrigem Einkommen

Die Grünen
Armut in Österreich
CA-Verkauf
Serbien

Der Standpunkt

„Und tschüs“

Eines ist sicherlich sicher: Auf die lustigen Sprüche einer Kanzlergattin Christine Vranitzky...



von John Evers

PolitikerInnenbezüge

Unanständig reich

„Die PolitikerInnen bereichern sich auf unsere Kosten“ - lautet in Zeiten von Sparpaketen, Sozialabbau...

von Gustav Nowotny, SOV-Ortsgruppe Wien Nord

Die Kommission des Rechnungshofes hat eine sogenannte „Gehaltspyramide“ erstellt, der zufolge sich das künftige Bezüge...



Mit dem Gehalt ist gut lachen

Tatsächlich ist der Vorschlag der Kommission in weiten Teilen eine Augenwischerei und bringt sogar einigen PolitikerInnen mehr...

SPÖ-Abgeordnete Niederwieser argumentiert, „in der Tiroler Arbeiterkammer um 50% mehr verdient“ zu haben...

Angesichts solcher Sager droht ein mehr die Besetzung des Themas durch die FPÖ...

Von allen anderen abgesehen bleibt auch die Frage, wozu der Wert menschlicher Arbeit besteht...

Grüne Konferenz

Wohin zeigt der grüne Kompass?

Der Slogan „Grüner Kompass für eine andere Republik“ ist irreführend. Nachdem sie bei den Nationalratswahlen 1994 nur knapp die 4% Hürde für das Parlament überschritten hatten...

von Thomas Kerschbaum, SOV-Ortsgruppe Wien Nord

Die Grünen werden in der Öffentlichkeit geprägt durch das Auftreten Chorrers und einiger weniger Personen an der Spitze...

zeitig generell rather Oppositionspolitiker. Bei jedem Vorstoß Chorrers zur schrittweisen Änderung der grünen Politik...

grünen Führung sind milverständlich und widersprüchlich. Chorrer sieht eindeutig für einen Kapitalist- und schen Weg. Klar, er ist - wie so viele SP'ler auch - gegen einen „anzüglichen Kapitalismus“...



Chorrer - Grüner Rechtslinker

stellte müssen geben. Die Hegemonie der Grünen beruhe aber in der Vergangenheit auch darin, daß sie linke Projekte und Aktivitäten finanziell unterstützen - wie lange noch?

Armutskonferenz

Armut in Österreich

Vom 20. - 21. Jänner fand in St. Virgil (Salzburg) die Zweite Österreichische Armutskonferenz statt. Das Thema lautete „Soziale Grundversicherung“...

Susanna Stoik, SOV-Landesgruppe NÖ

Arm zu sein und sich auch so zu fühlen ist eine sehr subjektive Angelegenheit. Als arm werden jene Personen definiert, die sich in einer Lebenslage befinden...

Armut ist weiblich

20% der von Armut bedrohten Personen sind Alleinerziehenden, und das, obwohl 80% von ihnen berufstätig sind. 106.000 Frauen waren 1996 in Österreich „geringfügig beschäftigt“...

Schon längst nicht mehr sind „die Armen“ die Obdachlosen, die in der U-Bahn schnorren oder jene, die erheblich verschuldet ist.

Jede achte Haushalt lebt unter dem Existenzminimum. Vor allem kinderreiche Familien, Familien mit einem/r FamilienerhalterIn, Behinderter/AufsteigerInnen...

Krankenscheingeühr

Weg mit der Krankenscheingeühr!

Viele ArbeitnehmerInnen erhielten zu Jahresbeginn eine Brief, in dem sie über die am 1.1.97 in Kraft getretene ÖS 50 - Krankenscheingeühr informiert wurden.

von Michael Gehmacher, SOV-Gewerkschaftsgruppe

Insgesamt verbuchten die Sozialversicherungen 1995 Gesamtausgaben von 380,3 Mrd. und Einnahmen von 376,19 Mrd., wobei 54 Mrd. vom Bund zugesprochen wurden...

Kranke Kassen

Klammheimlich würde uns bei diesem Maßnahme nicht nur in die Tasche greiffen, sondern auch ein weiterer Teil des „Solidaritätsprinzips“ entsorgt. Denn das Prinzip, daß „Gesunde“ durch die Kassenbeiträge...

Richtig ist, daß Spitzenfunktionäre der Sozial- und Krankensicherungen ungläubliche Privilegien besitzen. Richtig ist aber auch, daß nur 2,8% der SV-Beiträge für die Verwaltung verwendet werden...

niedriges Pensionseinkommen. Sie sind durch ihre Stellung im Beruf nicht bzw. kaum gewerkschaftlich organisiert, und ihre Arbeitskraft ist leicht austauschbar...

Armut der Familien

„Jede Stunde fällt in Österreich eine Familie unter die Armutsgrenze“, warnt die Caritas. 217.000 Kinder leben an der Armutsgrenze. 1989 standen für 21% der Kinder weniger als ÖS 2.500,- zur Verfügung...

Arbeitsmarkt

1995 nahm die Anzahl der offenen Stellen gegenüber '94 um 8% ab. 93% der offenen Stellen entfielen dabei auf „unqualifizierte, angeleitete Arbeitskräfte oder HilfsarbeiterInnen“...

8% der Erwerbstätigen arbeitslos sein werden.

Arbeiten und trotzdem arbeitslos

Fast jeder vierte Erwerbstätige wird dann einmal im Jahr von Arbeitslosigkeit bedroht sein. Vor allem die Altersgruppe der 30 bis 39jährigen wird ein Viertel der vorgemerkten Arbeitslosen an der Armutsgrenze stellen. Und das ist gerade die Altersgruppe der Jungfamilien und Alleinerziehenden...

Reichtum schafft Armut.

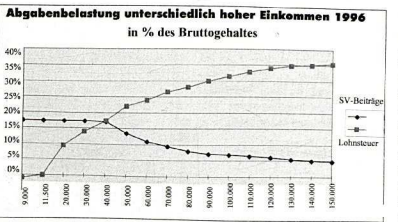
Die Tatsache, daß die reichsten 10 Prozent der Haushalte sowohl Einkommen als auch die reichsten 10 Prozent die Hälfte des privaten Gesamtvermögens besitzen, zeigt, daß Geld genug da ist. Geld ist somit bei entsprechender Besteuerung von Vermögen und Gewinnen zu holen...

Der Spar, der hats?

Sparschmäh

Derzeit flimmert eine lustige Sparwerbung über die heimischen Bildschirmen. In dieser Werbung werden „glückliche“ Handelsangestellte vorgestellt, die angeblich den neuen Löhnsatzungen ihren Job verdanken. Ein Blick nach Deutschland, wo bereits Erfahrungen mit längeren Löhnsatzungen gemacht wurden, zeigt, daß die Realität aber anders aussieht...

zeitgeührenerhöhung und die Erhöhung der Pensionistenbeiträge erreichen will. Statt vor dem Sozialabbau zurückzuziehen, sollte der ÖGB offene Forderungen aufstellen und dafür kämpfen. Diese Maßnahmen sind ein Rückschritt für die Gesundheitsversorgung der Bevölkerung...





Europa der Grenzen

Die EU erklärte 1997 zum „Jahr gegen Rassismus“. Die Heuchelei ist kaum zu überbieten. Denn zur selben Zeit gibt es rassistische AusländerInnen-Gesetze, oder sie werden beschlossen. Auch sprechende rassistische Äußerungen von EU-PolitikerInnen fast aller Fraktionen eine deutliche Sprache.

von Isa Breier, SOV-Ortsgruppe Wien Ost

AusländerInnen werden aufgrund der wirtschaftlichen Krise von den Unternehmern immer weniger gebraucht. Die ungefähr 6,5 Millionen Flüchtlinge in Europa passen nicht in die Strukturen eines EU-Binnenmarktes, der sich gegenüber den USA, Japan und Südostasien behaupten will. Steigende Arbeitslosigkeit macht sie als Arbeitskräfte unnötig. Seit Ende des Kalten Krieges bedeuten auch Flüchtlinge aus dem „Osten“ weder politischen noch wirtschaftlichen „Gewinn“ für die kapitalistischen Staaten.

Das Märchen vom „grenzenlosen“ Europa

Auf dem Papier öffneten sich mit 1.1.1993 - für EG-BürgerInnen - die Grenzen. Der Entschluß zur Verwirklichung eines EG/EU-weiten Binnenmarktes und der „vier Freiheiten“ (freier Verkehr von Waren, Dienstleistungen, Kapital und Personen) wurde gefeiert. Europa habe, so hieß es, die nationalen Schranken endlich überwunden. Am 15. Februar desselben Jahres wurde bei einer Konferenz in Budapest „ein erfolgversprechendes Bekämpfungsprogramm“ gegen illegal einreisende AusländerInnen aus Drittländern verabschiedet. Einige Monate später

(1.6.93) beschlossen jene Innenminister, die noch zu Jahresbeginn über den „freien Personenverkehr“ gejubelt hatten, eine Empfehlung, die die sofortige Ausweisung von Personen, deren legaler Aufenthalt in einem EU-Staat abgelaufen war, verlangte.

Rassistische Gesetze

Seit mehr als zwei Jahrzehnten wird unter fehlender öffentlicher Kontrolle eifrig an der Abschottung Europas gearbeitet. Die Abkommen von Trevi, Schengen stehen für diese Politik, die unter anderem das Ziel verfolgt, Flüchtlinge daran zu hindern, überhaupt noch nach Europa zu gelangen. Diesem Zweck dienen folgende Strategien:

- die Einführung der Visapflicht für mehr als 130 Staaten
- die Bestrafung von Verkehrsunternehmen, vor allem der Fluglinien, die Flüchtlinge ohne ausreichende oder mit gefälschten Papieren transportieren
- die Drittstaatenregelung
- die Inhaftierung von AsylbewerberInnen

Europaweit werden Flüchtlinge ohne Papiere abgeschoben. Frankreich, wo im Sommer eine Kirche, in der sich schon jahrelang im Land lebende Flüchtlinge und deren Freunde verschanzt hatten, gestürmt wurde,

ist nur eines der vielen Beispiele.

Regierungen verweigern jenen Personen den Zugang zum Asylverfahren, die zuvor ein als sicher eingestuftes Land durchquert haben oder auch nur auf einem Flughafen umgestiegen sind. Die Begründung ist purer Zynismus: Sie hätten ja dort Asyl beantragen können. Sie schicken die Asylsuchenden, ungeachtet ihrer physischen und psychischen Verfassung, ins „sichere“ Transitland zurück. Der Dominoeffekt läßt nicht auf sich warten: Ein unsicheres Verwirrspiel für Flüchtlinge, in dem die Menschen von einem Staat in den nächsten verwiesen werden. Häufig endet das Szenario im Herkunftsland mit Folter oder Mord.

Manche versuchen, über die „grüne“ Grenze einzureisen: Tod durch Erschöpfung, Ertrinken usw., weil ihnen die legale Einreise verwehrt wird und Profit für Schlepper.

Genaue Zahlen gibt es allerdings nicht, da die nationalen Behörden, ansonsten so gründlich, keine Totenstatistiken führen.

Immer neue Schikanen

Eine weitere Schikane gegen Flüchtlinge bedeutet die sogenannte „nicht aufschiebende Wirkung“. Sie besagt, daß Asylsuchende, deren Antrag auf Zuerkennung der Flüchtlingseigenschaft abgelehnt wurde und die dagegen Berufung eingelegt

haben, sich bis zur endgültigen Entscheidung nicht im Land aufhalten dürfen. Diese Maßnahme praktizieren z.B. Österreich, Frankreich, Deutschland und Schweden. Wenn Flüchtlinge währenddessen, also illegal, im Aufnahmeland bleiben (Frage: Wohin sollen sie denn einstweilen sonst gehen?) und entdeckt werden, werden sie inhaftiert. Viele Staaten haben sogenannte „Transitzonen“ eingerichtet, die nichts anderes als Internierungslager darstellen. Unter unzumutbaren Bedingungen werden Asylsuchende wie „Kriminelle“ behandelt. Selbstmorde sind keine Seltenheit.

Eine zusätzliche Diskriminierung der Flüchtlinge ist es, ihnen politische Betätigung zu verbieten - und damit eigentlich das Recht auf freie Meinungsäußerung -, so wie in Österreich oder in Schweden.

Immer größerer Beliebtheit erfreut sich im trauten Europa auch die Anwendung der restriktiven Interpretation der Genfer Flüchtlingskonvention von 1951, wonach bloß diejenigen Anspruch auf den Flüchtlingsstatus besitzen, die die Verfolgung durch einen Staat belegen können. Opfer von Verfolgung durch nichtstaatliche Akteure haben gar kein Anrecht auf den Flüchtlingsstatus. Dieses Modell akzeptierte z.B. Flüchtlinge aus Bosnien nicht.

Gleiches gilt für Opfer allgemeiner Gewalt, von Krieg und Menschenrechtsverletzungen. Das trifft vor allem Frauen, die z.B. während eines

Krieges systematisch vergewaltigt werden. Sie werden von den Regierungen mit der Erklärung, keiner individuellen Bedrohung durch den Staat ausgesetzt zu sein, abgespeist.

Ausweitung des rassistischen Modells

Das rassistische Abwehr- und Abschreckungskonzept hat mittlerweile in ganz Europa Schule gemacht. PolitikerInnen hantieren mit Begriffen wie der „Organisierten Kriminalität“. Innen- und Justizminister, Polizei, Kriminalpolizei, Staatsschutz, sie alle kreieren das Feindbild des „Flüchtlings“, der „AusländerInnen“.

Sie reden von der Bedrohung durch die „Asylistenströme“ und davon, warum es angeblich notwendig ist, sie zu bekämpfen. Durch ihre Politik, ihre Maßnahmen und ihre Ideologie wachsen Rechtsradikalismus und Rassismus. Rechtsextreme Organisationen werden durch sie und die steigende Akzeptanz von Rassismus allgemein stärker. Alle drei Minuten findet in Europa ein rassistisch motivierter Überfall statt. Das ist unter anderem Verdienst der „Festung Europa“. Und daran ändern auch irgendwelche Lippenbekenntnisse der EU-Strategen nichts. Ein „Anti-Rassismus-Jahr“ der EU ist, wie die zuvor geschilderten Beispiele zeigen, eine Farce. Eine Farce, die von den wirklichen Zuständen wieder einmal ablenken soll.